

Kennung: 20191002-05

Sachantrag:

Extremismus for Future

Antragsteller:

Max König, Cindy Beckel

Antragstext:

Die JuLis Leipzig mögen beschließen:

- 1 So berechtigt die Anliegen Klima- und Umweltschutz sind*, so rechtfertigen sie in
- 2 keiner Weise Straftaten und/oder die Infragestellung der liberalen Demokratie. Die
- 3 JuLis Leipzig erkennen an, dass die "for Future" Bewegungen den Klimawandel in
- 4 das Bewusstsein vieler Deutscher gehoben haben. Gleichzeitig verorten sich Teile
- 5 dieser Bewegung klar links und grenzen andere Meinungen, wie der Klimawandel
- 6 effektiv bekämpft werden könnte, aus.
- 7
- 8 Die JuLis Leipzig stellen sich an die Spitze der seriösen Kritik an den "for Future"
- 9 Protesten und wollen all jenen, welche durch die aktuelle Polemik derselben
- 10 ausgegrenzt werden, eine Stimme geben. Gleichzeitig gilt aber auch, dass eine
- 11 Leugnung des menschengemachten Klimawandels für die JuLis Leipzig eine
- 12 untragbare Ansicht darstellt.
- 13
- 14 Wir fordern die "for Future" Bewegungen auf, ergebnisoffen an Diskussionen über
- 15 Lösungsmöglichkeiten zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und damit des
- 16 1,5° Ziels teilzunehmen.
- 17
- 18 Unsere Position ist dabei klar: Mit marktwirtschaftlichen Mechanismen, die
- 19 diejenigen, die CO2 emittieren, in die Pflicht nehmen, lassen sich diese Ziele am
- 20 besten erreichen. Es braucht dabei einen Deckel auf und einen dynamischen Preis
- 21 für CO2. Nur durch den dadurch entstehenden Druck, wird sich die Art, wie wir
- 22 Mobilität, Energie und Produktion leben, zum Guten ändern. Klein-klein-
- 23 Maßnahmen, partielle Verbote und übermäßige Regulierungen lehnen wir
- 24 entschieden ab. Diese bekämpfen nicht die Wurzel des Problems, treffen einzelne
- 25 Gruppen der Bevölkerung übermäßig hart und engen Innovation von vorneherein
- 26 ein.
- 27
- 28 Darüber hinaus fordern wir alle staatlichen Akteure dazu auf, das staatliche
- 29 Neutralitätsgebot zu wahren und die bevorzugte Behandlung der „for Future“
- 30 Bewegungen in ihrer öffentlichen Kommunikation zu beenden. Dies beinhaltet
- 31 insbesondere, dass keine Aufrufe zur Teilnahme an entsprechenden
- 32 Veranstaltungen in Schulen, Universitäten oder Ämtern durch Angestellte in
- 33 Führungspositionen stattfinden dürfen

Antragsbegründung:

Die letzte Rede Greta Thunbergs vor der UN zeigte erneut, was viele schon wussten: Hass macht hässlich. In den letzten Monaten konnte man feststellen, wie vor allem in deutschen Medien der Fanatismus der Klimabewegung immer höher gejubelt wurde, während die immer stärkeren Linksextremen und kriminellen Untertöne keine Beachtung mehr fanden. Das neue Klimapaket der Bundesregierung, reine teure Symbolpolitik, zeigt wohin dieser Mainstream führt.

Jede Umfrage zeigt, dass nur eine laute Minderheit das Agieren der „for Future“ Bewegung befürwortet – trotzdem werden deren Forderungen als Mehrheitsanliegen postuliert, von Unis, der Regierung, den öffentlich-rechtlichen Medien. Wer Kritik zu äußern versucht wird mundtot gemacht. Suggestive Umfragen mit Auswahlmöglichkeiten wie „Ich unterstütze FFF“ vs „Mir ist das Klima egal“ tun dazu ihr übriges.

Immer dann, wenn veröffentlichte und tatsächliche Meinung zu weit auseinander gehen, entsteht eine Vertretungslücke – so konnte die AFD erst entstehen. Als JuLis wollen wir nicht zulassen, dass eine andere extremistische Partei die einzige Kraft ist, die sich gegen Extremismus stellt und diesen so benennt. Deshalb, und weil die Forderungen der Greta-Jünger auf massive Einschränkungen jedweder bürgerlicher Freiheit hinauslaufen, wollen wir also der angemessenen Kritik an der „for Future“ Bewegung eine Stimme geben.

Hierfür müssen wir zunächst aufhören, uns vorzumachen, dass wir auf irgendeine Art und Weise Verbündete wären oder zueinander nett sein müssten. Sobald wir uns dessen sicher sind, können wir die Bewegung, wie andere politische Mitbewerber, mit angemessener Distanz kritisieren.